



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/17214

Achtung des Kirchenasyls als Ausprägung der Gewissensfreiheit

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Landtag stellt fest:

Die Kirchen in Bayern haben einen verfassungsrechtlich hohen Rang, insbesondere in Fragen der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Hieraus entspringt das Institut des Kirchenasyls, das eine lange Tradition in Bayern und Deutschland hat. Gleichwohl sind die Kirchen an Recht und Gesetz gebunden. Die wichtige humanitäre Schutzfunktion des Kirchenasyls als letzter Ausweg für Menschen in Not verdient Respekt. Die asylgebenden Kirchengemeinden ermöglichen durch ihr Handeln in besonderen Härtefällen eine nochmalige Überprüfung der Fluchtgründe des Einzelnen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag Bericht zu erstatten, welche Ermittlungen gegen Pfarrerinnen, Pfarrer und Kirchenangehörige in den Jahren 2020 und 2021 aufgenommen, welche Ermittlungen eingestellt und welche Fälle zur Anklage gebracht worden sind und wie sich eine einheitliche, die besondere Stellung der Kirchen berücksichtigende, staatsanwaltschaftliche Tätigkeit, sowohl im Norden als auch im Süden Bayerns, erreichen lasse.“

Berichterstatlerin: **Gülseren Demirel**
Mitberichterstatler: **Josef Schmid**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 21. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: kein Votumin der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 9. November 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: kein Votum
- der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Petra Guttenberger

Vorsitzende